

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 11.11.2018

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

heute am 11.11. ist Beginn der närrischen Zeit , die sehr viele Menschen angestrengt feiern, obwohl sie keine Katholen sind.

Die Fastenzeit vor Ostern ist eine Zeit, die alle ehrlich gläubigen Christen einhalten um die Auferstehung des Herrn zu Ostern vorzubereiten.

Die sog. ungläubigen Naturvölker, unter ihnen die deutschen Stämme, haben dieses Fest zu Ehren der Frühlingsgöttin Ostera gefeiert. Der Beginn der Fruchtbarkeit der Natur nicht zuletzt durch den Tag, an dem Tag und Nacht sich gleichen und der Tag beginnt länger zu werden. Aber das ist eine weiter zurückliegende Geschichte, die ich nur wegen des 11.11 gestreift habe, um auf die Narrenzeit hinzuweisen, die man seit Generationen von einem großen Teil des deutschen Volks über das ganze Jahr mehr oder weniger gehalten wird.

Ich möchte nun zu einem fassbaren Fall kommen.

Der Fall in Person des Prof. Gregor Schirmer.

Prof. Schirmers Vater war KPD Genosse ende der 1920er Jahre Nürnberger Stadtrat, tauchte Anfang der Hitlerzeit unter, wurde später verhaftet bis hin zur Lagerhaft in Dachau und hat nach dem Krieg an der Bayerischen Verfassung von 1946 mitgearbeitet.

Sein Sohn, Prof. Schirmer, war dann in Nürnberg FDJ-Sekretär und hat aufgrund von Schwierigkeiten mit der US-Besatzungsmacht den Weg in die DDR gewählt. Dort hat er dann Rechtswissenschaft und später Völkerrecht studiert.

Ich bin aufgrund eines [Gesprächs Prof. Schirmers mit dem „sputnik“](#) , bei dem es um sein neues Buch „*Deutsche Grenzen und Territorien von 1815 bis 1990*“ geht, aufmerksam geworden, habe mich in das Gespräch hineingearbeitet und einige grobe Ungereimtheiten dabei aufgestöbert, über die ich heute ausführen will.

Im Jahr 1815 war bekanntlich die endgültige Niederlage Napoleons bei Waterloo. Ich möchte aber nicht von diesem Zeitpunkt ausgehen, sondern zum Verständnis noch 16 Jahre weiter zurückgehen in das Jahr 1799. Hier hat am 9. November Napoleon mit einem Staatsstreich die Französische Revolution beendet. Mitnichten wäre Napoleon als kleiner Korse so hoch aufgestiegen um so eine große Macht ausüben zu können, wie er es im nächsten Jahrzehnt mit mehr oder weniger Grausamkeit tat, wenn ihn nicht die Hintermänner den Weg dazu geebnet hätten. Die Hintermänner, der Geldadel, der das französische Volk benutzte, um den Erbadel zu beseitigen um dessen Macht zu übernehmen. Die aber wohlweislich aus dem Hintergrund heraus im Rampenlicht immer wieder gelenkte Marionetten verwenden, auf denen letztendlich bei Mislingen der Zorn fällt und sie aus dem Hintergrund unbehelligt weiter handeln können. Und das bis in die heutige Zeit. Und trotz ihrer großen Verbrechen, die sie zumindest angestiftet haben, nach wie vor ohne Strafverfolgung bleiben.

Bekanntlicherweise wurde zu Napoleons Zeiten und unter seinen Gnaden die Herzogtümer Bayern (1805) und Sachsen (1806) zu Königreichen. Die Bayern wechselten die Fronten schon vor den

Sachsen, die noch in Leipzig an der Seite Napoleons standen und von diesem selbst nach Hause geschickt wurden, aufgrund einer Rochade, die er zu seiner Flucht mit dem österreichischen Kaiser vollführte. Die bayerischen und sächsischen Günstlinge haben ihren Königstitel trotz der fraglichen Herkunft wie eine Fascis vor sich hergetragen. Auch der preußische König hat sich eher Napoleon unterworfen und wurde erst durch die Verweigerung des Generals von York weiter an der Seite der fliehenden französischen Truppen zu kämpfen, gezwungen sich von Napoleon abzuwenden.

Vor General York gab es aber weitere tapfere Deutsche, die noch während der Herrschaft Napoleons gegen diesen arbeiteten so z.B. Scharnhorst, Clausewitz und Gneisenau unmittelbar im preußischen Heer, bei der Heeresreform, die u.a. die sog. Reserve aufbaute, also ausgebildete Soldaten in die Zivilwirtschaft schickte um neue einzuziehen und auszubilden, um somit die wehrtaugliche Stärke des Heers zu erhöhen. Dabei wurden die bis zum Tode führende Strafe Speißrutenlauf und andere Prügelstrafen abgeschafft, sowie der dem Adel vorbehaltene Offiziersstand auch für das Bürgertum geöffnet um leistungsgerechte Offiziere zur Hand zu haben und damit gegen das bereits so aufgebaute französische Heer bestehen zu können. Man beachte, dass Scharnhorst erst im Militärdienst für seine Leistungen in den Adel erhoben wurde. Es wurde also ein Volksheer geschaffen, das nach dem Sieg gegen Napoleon wieder aufgelöst wurde, da es dem Dünkel des preußischen Königs nicht entsprach.

Soweit zum imperialen (herrschaftlichen) Dünkel des deutschen Adels, der der breiten Volksmasse das Recht genommen hat, sich in selbstbewusster Eigenverantwortung in der Gesellschaft darzustellen. Wie oben bereits angemerkt hat diesen imperialen Dünkel der Geldadel übernommen, ist aber bei weitem schlauer dabei vorgegangen und hat dem Volk der Mohrrübe vor des Esels Nase gleich, erst dem Bürgertum und dann dem ganzen Volk Vertretungen geschaffen, die letztendlich trotz allem den Willen der wichtigen Männer durchsetzen.

Wie das?

Sozialwissenschaftlich ausgearbeitet durch augendienende Oberlehrer hat man dafür Programme geschaffen, die letztendlich in den Protokollen der Weisen von Zion gipfelten. Diese Protokolle werden mit aller Macht als unwahr, als Verschwörungstheorien abgetan. Schaut man aber in die Bücher von Brzezinski, dem polnischen Henry, wird man klare Parallelen zu den Protokollen finden.

Einen weiteren Vergleich mit der Rede des [Rabiatzionisten Rabinowitsch in Ungarn 1952](#) wird dem tatsächlichen Vorhandensein der Protokolle gerecht.

Wie gesagt sind die verschiedenen politischen Richtungen der Parteien vom Geldadel geschaffen worden. So hat auch Karl Marx ebensolche Gedanken im Auftrag in seinen Schriften, hier vor allem dem „Kapital“ und dem „Kommunistischen Manifest“ zusammengeführt. So schreibt Des Griffin in seinem Buch „Wer regiert die Welt“ S. 45:

„Etwa zur selben Zeit trat ein obskurer Intellektueller mit Namen Mordechai Marx Levy alias Karl Marx, einer der Zweigorganisationen der Illuminatenverschwörung bei, dem Bund der Gerechten. 1847 erhielt er den Auftrag, ein Werk zu schreiben, das später unter dem Titel »Das Kommunistische Manifest« bekannt wurde. Im Grunde handelt es sich dabei um eine politische Niederlegung der Gesamtplanung für die Zukunft. Marx spielte eine so untergeordnete Rolle, daß sein Name zwanzig Jahre lang nicht auf dem Manifest erschien.“

Wohlmerklich möchte ich hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich kein Feind der Menschen bin, die den Kommunismus für richtig erklären, weil sie ehrlich und aufrichtig daran glauben, dass nur dieser eine Besserung für alle Menschen bringen kann.

Leider sind sie da aber einem Aberglauben aufgesessen, da der Kommunismus u.a. voraussetzt, dass alle Menschen gleich sind, dies aber nicht im geringsten zutrifft, sondern die Natur jeden

einzelnen Menschen von anderen Menschen unterschiedlich gestaltet, nicht nur in Hautfarbe, Körpergestalt, sondern auch im Geist. Der Geist wiederum wird zuerst aus der unmittelbaren Beziehung, später dann durch die Gesellschaft geprägt und ausgebildet. Etwas umständlich, aber da es so ist, muss das hier gesagt werden, um Prof. Schirmer und seinen Weg nicht zu verteufeln, sondern zu verdeutlichen, worauf sich meine Äußerung von Ungereimtheiten bezieht.

So meint Prof. Schirmer, dass die deutschen Grenzen seit 1815 ein deutliches Licht auf den Charakter des deutschen Imperialismus wirft. Hier pflichte ich ihm bei, zumindest solange der Geldadel (es ist der internationale Geldadel gemeint) sich nicht in die Politik der Deutschen einmischen konnte. 1848 haben es die deutschen feudalen Imperialisten noch einmal vermocht den Geldadel den Scheit abzukufen, der sich bereits in den Reihen der Paulskirchenversammlung eingegraben hatte. Spätestens aber mit der Absetzung Bismarcks hat sich der Geldadel auch im deutschen Staat durchgesetzt. Und das deutsche Volk in seiner Unwissenheit über die Zangengeburt KW II. in den ersten Weltkrieg getrieben, um nichts anderes zu erreichen, als sich die Herrschaftsgebiete des Deutschen, des Österreich-Ungarischen, des Osmanischen und des Russischen Reichs unter die Nägel zu reißen. Der WK 1 endete bekanntlich mit dem Staatsstreich des kurzfristigen Kanzlers Max von Baden, der eigenmächtig den Thronverzicht von KW II. erklärte und darauf die deutsche Republik ausgerufen wurde. Eine Hungerblockade der Siegermächte half diesem Staatsstreich um ihn durchzusetzen, so dass KW II. am 28.11.1918 samt seinen Erben den Thronverzicht selbst erklärte. Im Zuge dessen haben dann auch alle anderen Fürsten in Deutschland auf ihren Thron verzichtet. Der Weg zum Versailler Vertrag wurde dann über die Weimarer Republik gangbar. Der Versailler Vertrag nichts weiter als ein sittenwidriges Schanddiktat verfügte dann in Artikel 231 die Alleinschuld Deutschlands am WK1 und entsprechende Strafmaßnahmen, die sich hauptsächlich im wirtschaftlichen und finanziellen Ausbluten des deutschen Staates bemerkbar machten.

Die Weimarer Verfassung war letztendlich die Voraussetzung zur Inkrafttretung des Versailler Vertrags und der Beendigung der Hungerblockade, die zig Hunderttausenden Deutschen das Leben gekostet hat.

Und hier sind wir bereits beim Anfang des Endes der Herrschaft der deutschen Kapitalisten durch die eigentliche Übernahme der Macht durch das ausländische Finanzkapital. Das Finanzkapital, das einen großen Teil der Welt über die British East Company beherrschte, diese dann aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgelöst wurde und unmittelbar auf die englische Krone umgesetzt, wurde danach über die City of London letztendlich über weitere Stationen wie dem Club of Rome in das Komitee der 300 gewandelt, das heute über die finanzielle Macht vor allem die westliche Welt beherrscht. Wobei die englische Krone nach wie vor einen großen Anteil an dieser Macht hat.

Dieser Grundgedanke gehört dazu, um zu erkennen, dass man aus dem Studium auf kommunistischer Grundlage wie es Prof. Schirmer in der DDR seit 1951, ohne ihm dabei Fleiß abzusprechen, getätigt hat, letztendlich die reine Vernunft am Rande liegen lässt und dabei mit der praktischen Vernunft in den Seilen hängt.

Sehr richtig ist, dass das Grundgesetz für die BRiD davon ausging, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, obwohl es okkupiert (besetzt) wurde und die Staatsgewalt von fremder Hand ausgegangen ist. Hierbei wird zumindest im Gespräch vergessen auf die [Erklärung der vier Mächte vom 05.06.1945](#) hinzuweisen. In dieser Erklärung heißt es klar, dass zwar die oberste Regierungsgewalt übernommen wurde, der deutsche Staat, den man per SHAEF-Gesetz Nr. 52 Deutschland nannte, nicht annektiert (nicht in Besitz/angeeignet genommen) wurde.

Im Weiteren wird auf die Entscheidung des 3 x G zum Grundlagenvertrag aus dem Jahr 1973 hingewiesen, in dem diese ganze Sache klar und sehr deutlich bestätigt wird und die BRiD klar nicht als der Rechtsnachfolger des deutschen Staates bezeichnet wird:

Die Bundesrepublik umfasst also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, dass sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. **Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes"** (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).

Hier wird also klar ausgesagt, dass die BRiD einzig und allein eine staatsrechtliche Verwaltung eines Teils (drei Westzonen) des deutschen Staates im Auftrag der Westbesatzer war. So heißt es dann in der Originalpräambel zum GG aus dem Jahr 1949 folgend:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Schon hier wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Es war nicht das deutsche Volk, das sich Dank seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben hat, sondern nur eine Auswahl der von den Besatzern eingesetzten Oberen, die über dieses Grundgesetz abgestimmt haben, das letztendlich von den Westbesatzern per **Genehmigungsschreiben** vom 12.05.1949 für rechtsgültig erklärt wurde und am 23.05.1949 in Kraft trat. Rein rechtlich ist das für einen Staat nicht möglich, da die Bundesrepublik in Deutschland erst durch Zusammenreten des ersten Bundestags am 07.09.1949 (den sog. „Tag 1“) tatsächlich gebildet wurde. Dr. jur. Giese schrieb in seinem GG-Kommentar 1949 folgend dazu: „*Positives Recht eines Staates kann vielleicht diesen Staat überleben, nicht aber seiner Entstehung vorausgehen.*“

Wichtig ist, dass GG nur für eine Übergangszeit gelten sollte und das gesamte deutsche Volk aufgefordert war, die Einheit Deutschlands zu vollenden.

Das gesamte deutsche Volk bedeutet also nicht nur die Deutschen in den drei Westzonen, sondern auch jene in der sowjetischen Zone und um nicht zu vergessen jene Deutsche, die in den

abgetrennten Gebieten geblieben sind. Aber auch jene, die außerhalb des deutschen Staates lebten.

Kurz zurück in die Entscheidung des 3 x G von 1973. Dort steht, dass die Hoheitsgewalt der BRD sich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes bezieht. Dieser war bis 1990 im Artikel 23 festgehalten, der aber am 17.07.1990 durch die drei Westbesatzer aufgehoben wurde. Diese Besonderheit kann man dann in den nachfolgenden Jahren immer wiederholt in den Taschbüchern der Beck-Texte zum Grundgesetz erfahren. Hier wird aber nicht der 17.07.1990 angeführt, sondern der 23.09.1990, dem Veröffentlichungsdatum des Einigungsvertragsgesetzes im BGBl. II vom 28.09.1990 S. 885ff. Also war spätestens am 23.9.1990 der Geltungsbereich des GG aufgehoben, wobei der Einigungsvertrag aber am 03.10.1990 in Kraft treten sollte. Und in diesem Einigungsvertrag wurde dann die neue Präambel eingesetzt, die angeblich den neuen Geltungsbereich des GG darstellen sollte.

Es ist hier klar zu sagen, dass eine Präambel eine rein erklärende Wirkung hat und keine gesetzliche, ein Geltungsbereich aber unmittelbar im Gesetz selbst stehen muss, wie es im Original-GG im Artikel 23 geschehen war.

Um dieser, meine Aussage Unterstützung zu geben, verweise ich daher auf den nach wie vor unveränderten [Art. 144 GG](#), in dem auf den Art. 23 und den dort enthaltenen Ländern noch nach 28 Jahren nach seiner Aufhebung hingewiesen wird.

Noch etwas schlimmer kommt es, wenn man dann aus der neuen Präambel zum GG, des ebenfalls wieder erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakts gewahr wird, der nun noch nicht einmal von irgendwelchen Oberen ersetzend stattgefunden hat.

Wenn Prof. Schirmer sich dann beschwert, dass die Bundesregierung immer wieder auf Anfrage auf die Entscheidung des 3 x G aus dem Jahr 1973 bezieht und diese nun eigentlich nicht der Wahrheit entspräche, unterliegt er doch bestenfalls einem Irrtum, sehr wahrscheinlich aber dem Aberglauben seiner kommunistischen Überzeugung. Was sich besonders darauf bezieht, dass es sich beim Sieg über das faschistische Deutschland um eine Debellatio gehandelt hätte. Eine Debellatio ist eine durch z. B. Krieg herbeigeführte Zerstörung und dadurch Untergang eines Staates, der dann entweder an ein anderes Staatsgebiet angegliedert wird oder sich auf dessen Gebiet ein neuer Staat gründet. Das war aber klar nicht der Fall, wie es aus der Übernahme der obersten Regierungsgewalt der Erklärung vom 05.06.1945 hervorgeht und dies auch in der [Dreimächteerklärung vom 02.08.1945](#) wiederholt wurde und in dieser sogar von einer abschließenden Friedensregelung die Rede ist.

Aufgrund der weiteren Existenz des zwar handlungsunfähigen Staates erklärt sich dann auch die Irrung des Herrn Prof. Schirmer, mit der er die BRD und die DDR zu Staaten erklärt, dass nach Staatsrecht auch im fortgebildeten Völkerrecht nicht möglich ist.

Sehr wohl hat Prof. Schirmer recht, wenn er sagt, dass die Besatzer das Staatsgebiet aufgrund der völligen Niederlage bis in das kleinste Dorf hinein besetzten um die Staatsgewalt auszuüben. Aber eben besetzt um dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, sich volksherrschaftlich und vor allem friedlich neu zu organisieren, was aber nicht im geringsten unter besatzungsrechtlicher Vormacht stehen darf, sondern in freier Selbstbestimmung zu erfolgen hat. Und das ist dem deutschen Staat, besser gesagt dem deutschen Volk, bis dato nicht gegeben, da ihm eine anschließende Friedensregelung mit den ehemaligen Kriegsgegnern bis heute verwehrt ist.

Um hier nicht ständig wiederholend doppelt auszuführen, verweise ich in bezug auf die rechtliche Beständigkeit der BRD und der DDR auf die Ausarbeitung „Tag 1“, in der die Sachlage erläutert ist. Die fehlende abschließende Friedensregelung, die der sog. 2+4 Vertrag (Abschließende Regelung in bezug auf Deutschland) darstellen sollte, ist samt des Einigungsvertrags rechtlich nicht in Kraft getreten, was mit einfacher [klarer Beweisführung](#) bis dato unwiderlegt den Verwaltungen der BRiD, von der staubigen Dienststube bis hoch zum 3 x G, vorliegt.

Aber was ist heute 28 Jahre nach der Narretei der „Einheit“ in der Welt los? Es wird nicht nur die Kriegstreiberei von der westlichen Welt weiter befeuert und aufrechterhalten, nein, es wird der Sieg der Ententemächte im 1. Weltkrieg wieder großspurig gefeiert. Der Krieg, der geführt wurde, um die Machtinteressen des Geldadels auf weiteres Gebiet ausweiten zu können. Und selbst das Merkela fährt nach Compiègne zu der Feier um die eine oder andere Brotkrume von der Festtafel zu stibitzen.

Im nächsten Jahr soll dann eine erneute Europawahl stattfinden. Die Wahl zum Parlaments des neuen Reichs, das letztendlich nur zum Alibi für eine sog. Demokratie besteht, letztendlich aber keine Entscheidungskraft besitzt, da die Entscheidungen einzig von der Kommission dieses völkerrechtswidrigen Gebildes gefällt werden.

Völkerrechtswidrig ist die EU/Neue Reich aufgrund dessen, dass der Maastricht-Vertrag nur in zwei Staaten (Frankreich, Niederlande) dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wurde und diese beiden Völker den Vertrag klar ablehnten. Dieser Maastricht-Vertrag, auch als EU-Verfassung bezeichnet wurde dann fast unverändert in den Lissabon-Vertrag umgetauft und dann nur noch einem Staat (Irland) dem Volk zur Entscheidung vorgelegt. Das irische Volk lehnte den Vertrag ab und nach mächtiger Einflussnahme der EU-Mächtigen in die inneren Angelegenheiten Irlands wurde dann das Volk so beeinflusst, dass dieses Volk dem Lissabon-Vertrag doch zustimmte. Keinem anderen europäischen Volk hat man sich mehr getraut den Vertrag zur Abstimmung vorzulegen, da es ziemlich klar war, dass ein Großteil der Völker diesen nicht zustimmen würde.

Und was ist in der BRiD geschehen? Hier hat man vor 28 Jahren den deutschen bzw. dem gesamten deutschen Volk noch nicht einmal das Grundgesetz vorgelegt um es vom Volk zu seiner Verfassung erheben zu lassen, was aber verlogenerweise in der neuen Präambel geschrieben steht. Somit wird das deutsche Volk tagein tagaus hinterhältig über den Löffel balbiert um den [wichtigen Männern](#) weiterhin die Taschen zu füllen und die Ausrottung der Menschheit weiter zu betreiben.

Aufgrund der seit 1945 erfolgten [Umerziehung](#) und der Aberziehung der selbstbewussten Eigenverantwortung des deutschen Volks, ist es den Vasallen der wichtigen Männer gelungen das deutsche Volk von der Wahrnehmung seines verbindlich festgeschriebenen Völkerrechts, das Selbstbestimmungsrecht der Völker abzubringen. Es wird sich also nichts zum Besseren bewegen, weder die Infrastruktur wird wieder zur normalen Nutzung hergestellt, noch die Überfremdung durch die kriegsbedingten Flüchtlinge wird aufhören. Im Gegenteil, es wird Schritt für Schritt immer schlimmer werden und der Überlebenskampf schier unmöglich.

Deswegen rufe ich immer wieder auf, dass die Menschen des deutschen Volks endlich ihre selbstbewusste Eigenverantwortung wieder aufnehmen, sich für gültiges deutsches Recht und Gesetz auf der Grundlage des Völkerrechts einsetzen sollen, um sich damit eine volksherrschaftliche Verfassung zu geben. Das bedingt aber gutes Denken, gutes Reden und gutes Handeln.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)